

# ARCHIPEL

Zeitung des Europäischen BürgerInnenforums



AZB 4001 Basel  
Europäisches BürgerInnen Forum, 4001 Basel  
Die Post CH AG

## TÜRKEI/WAHLEN

# Steht Erdogans Entthronung bevor?

**Am 14. Mai finden in der Türkei gleichzeitig Parlaments- und Präsidentschaftswahlen statt – geschichtsträchtige Wahlen. Zwei Männer, die von Tradition und Temperament her unterschiedlicher nicht hätten sein können, bestimmen das Wettrennen, das als zukunftsweisend für dieses Land am äussersten südöstlichen Zipfel Europas betrachtet wird: Der heutige Präsident Recep Tayyip Erdogan und Kemal Kilicdaroglu, Vorsitzender der Republikanischen Volkspartei CHP. Wie das Wahlergebnis ausfällt, bestimmen massgeblich die Kurden und Kurdinnen.**

Seit seinem ersten Wahlsieg zum Regierungschef im Jahr 2002 hat Recep Tayyip Erdogan gross geträumt: Um die Jahrtausendwende nahm er sich vor, als der «grosse Reformer» in die Geschichte seines Land einzugehen und den Republikgründer Kemal Atatürk als Vater der Nation in den Herzen seines Volks zu ersetzen. Ausgerechnet der praktizierende Islamist aus der konservativen Schwarzmeer-Region wurde damals zum Motor eines atemberaubenden Demokratisierungsprozesses: Seine Regierung schaffte die Todesstrafe ab, löste die Sondergerichte auf, die nach dem Militärputsch 1980 Zehntausende von Dissident-inn-en hinter Gitter gebracht hatten, Maulkorbartikel wurden aus dem Pressegesetz gestrichen. Ein neues Zivil-

recht räumte den Frauen erstmals Gleichstellung in der Familie ein. Und: er setzte den von der Generalität dominierten Sicherheitsrat ausser Kraft, der sich bis dahin wie ein paralleles Machtzentrum, wie ein Staat im Staat, gebär. Noch war Erdogan und sein Team bemüht, der Welt am Beispiel der Türkei zu beweisen, dass Islam und Demokratie vereinbar seien.

Doch spätestens im Jahr 2015 hatte Erdogan das Steuerrad der Türkei endgültig gegen Osten gedreht: Unterstützt von einem Block der sogenannten «Eurasiaten», in dem die ultrarechte Partei der nationalistischen Bewegung (MHP) und extrem-nationalistische kemalistische Offiziere vertreten sind, hegte er fortan den Anspruch, die Türkei wie ehe-

mals das Osmanische Reich in eine Hegemonialmacht zu verwandeln. Grossmachtträumer bevölkerten nun den neugebauten Palast und seine 1000 Zimmer. Diese Ära ist innenpolitisch von einem Präsidialsystem gezeichnet, in dem ein einziger Mann, Recep Tayyip Erdogan, befugt ist, das letzte Wort zu sagen. Aussenpolitisch orientierte sich der Block der Eurasiaten in erster Linie an Russland und an China und drohte den Nachbarstaaten mit Krieg.

### Verwundbare Republik

Am 29. Oktober 2023 feiert die Republik Türkei ihr 100-jähriges Jubiläum. Das Land scheint heute aber verwundbar zu sein, verwundbarer als sonst. Unter Führung der Eurasiaten wurden Reformen der ersten Ära Erdogans rückgängig gemacht und der Rechtsstaat ausgehöhlt. Folter und Tod in Polizeizentren sind erneut an der Tagesordnung, Presse und Justiz gebändigt. Der engste Hof Erdogans, selbst seine eigene Familie, werden der schweren Korruption beschuldigt. Eine Inflation, die sich monatelang, auch nach offiziellen Angaben, um die 85-Prozent-Grenze bewegte, hat die Bevölkerung erschöpft. Und dann kam das verheerende Erdbeben, auf das die Regierung zu spät, zu zögerlich reagierte. Genau dies bildete, laut Beobachtern, den Tropfen, der das Glas zum Überlaufen gebracht hat: «Genug ist genug», kommentierte der türkische Soziologe Çengiz Aktar im Gespräch, «ohne grossen Wahlbetrug kann Erdogan diese Wahlen nicht mehr gewinnen». Manche Beobachter-innen

warnen noch zur Vorsicht: Erdogan ist ein gewaltiger Volkstribun, der einen Grossteil der Bevölkerung in den Bann seiner Träume und Illusionen zu ziehen vermochte. Seit 2003 hat er keinen einzigen Wahlgang verloren. Kemal Kilicdaroglu habe weder Erdogans rhetorisches Charisma, noch dessen politisches Geschick, meint der renommierte türkische Journalist Yavuz Baydar.

### Ein kurdischer Alewite an der Spitze

Auf den ersten Blick macht der 74-jährige Kilicdaroglu in der Tat den Eindruck eines zurückhaltenden Mannes, der mit äusserster Vorsicht versucht, ja kein Porzellan zu zerschlagen. Seine Erfahrungen unterscheiden sich von jenen Erdogans auch massgeblich: Kilicdaroglu stammt aus der Provinz Dersim (Tunceli auf türkisch) und ist ein kurdischer Alewite. Er trägt somit gleich die Traumata von zwei Minderheiten – einer religiösen und einer ethnischen –, die seit der Gründung der Republik Türkei oft Opfer brutalster staatlicher Repression wurden. Der Feldzug gegen Dersims kurdischen Aufstand 1938, als die Armee Kemal Atatürks die Menschen aus der Luft bombardierte, in Höhlen vergaste und mit dem Bajonett aufspiesste, um wie es damals hiess, keine Kugeln zu vergeuden, prägt das Kollektivbewusstsein der Menschen hier noch weitgehend. Kilicdaroglu soll laut dem niederländischen Anthropologen Martin van Bruinessen dem Stamm der Kureysan entstammen. Dieser Stamm stelle bis heute die religiösen Führer der Alewiten, die sogenannten «Dedes». Selbst der legendäre Anführer von 1938, Scheich Riza, sei ein Mitglied dieses Stammes, erklärte van Bruinessen der Internet-Plattform «al-Monitor».

Nach der Niederschlagung der Rebellion in Dersim 1938 wurde die Doktrin der kemalistischen Nationalisten, wonach es in der Türkei «nur einen Staat, eine Flagge, eine Sprache» gebe, nämlich die türkische, eisern durchgesetzt. Und die Existenz von Minderheiten im Raum Anatoliens, wie die Kurden oder die Alewiten, strikt geleugnet.

Kilicdaroglu übernahm den CHP-Vorsitz im Jahr 2010, als die Partei der Kemalisten, von einer beissenswerten ideologischen Krise befallen, völlig zu zerreißen drohte. In seinen zwölf Jahren an der Spitze ist es diesem eher farblos wirkenden CHP-Vorsitzenden nie gelungen, einen Wahlkampf gegen Erdogan zu gewinnen. Er konnte seine Partei aber vor einer Spaltung retten. Diesem alewitischen Kurden ist es ferner gelungen, im Stillen mit jenem Tabu der kemalistischen Hardliner zu brechen, wonach ihre von Kemal Atatürk gegründete Partei nur von Türken geführt werden dürfe. Bei diesen Wahlen tritt er in erster Linie mit dem Versprechen an, das von Erdogan eingeführte Präsidialsystem abzuschaffen und die Türkei zu einer parlamentarischen Demokratie zurückzuführen. Er wird vom sogenannten «Sechser-Tisch»,

einem Zusammenschluss von sechs Parteien, unterstützt. Von der Gesellschaft ist er als Mr. Clean respektiert.

### Die kurdischen Königsmacher

Politische Beobachter·innen sagen Kilicdaroglu und Erdogan ein Kopf an Kopf-Rennen voraus. Sie stimmen auch darin überein, dass die Stimmen der kurdischen Wähler·innen das Endergebnis dieser kritischen Wahlen massgeblich beeinflussen werden. Was bieten die zwei Kontrahenten den Kurd·inn·en ihres Landes an?

Während seiner Reformära kam Erdogan den Kurd·innen zunächst entgegen: er liess fakultative Kurdisch-Kurse in den Schulen sowie die Einrichtung eines staatlichen kurdischen TV-Senders, TRT Kurdi, zu. Im Jahr 2013 wagte er gar einen Waffenstillstand mit der Arbeiterpartei (PKK), was bis dahin in der Politik der Türkei völlig undenkbar schien. Die PKK hatte 1984 den bewaffneten Kampf gegen den türkischen Staat begonnen, um zunächst einen unabhängigen Staat für die Kurd·inn·en der Türkei zu erzwingen. Die Kurd·inn·en zählen weit über 15 Millionen Einwohner·innen und bilden die grösste Minderheit des Landes. Ihre Identität wird vom Staat auch heute nicht anerkannt. Der offiziell nie erklärte Krieg hat dem Land viel Leid gebracht und einen hohen Tribut an Menschenleben, Finanzmitteln, Ansehen und Selbstachtung gekostet. Das Jahr 2013 versprach Generationen von jungen Kurd·inn·en, die in ihrem Leben nichts anderes kannten als Krieg, erstmals Frieden. Die einzige legale prokurdische Partei der Türkei, die Demokratische Volkspartei (HDP) schaffte bei den Wahlen Mitte der 2010er Jahre auch dank ihres populären, humorvollen und rhetorisch-geschickten Vorsitzenden Selahattin Demirtaş erstmals den Einzug ins Parlament.

### Erdogans Rachezug

Dann folgte das, was die Kurd·inn·en der Türkei «Erdogans Rachezug» nennen: Erdogan beendete die Friedensgespräche mit der PKK, offenbar weil Demirtaş Erdogans Präsidentschaftspläne zu unterstützen nicht bereit war. Erdogan schloss eine Regierungsbündnis mit der rechtsextremen MHP und wurde zum heissesten Verfechter jener Doktrin, die in der Türkei nur die türkische Nation und Sprache akzeptiert. Krieg brach gegen die Kurd·inn·en in der Türkei, in Syrien und im Nordirak aus. Sein kurdischer Widersacher Demirtaş wurde 2016 verhaftet und der Terrorismusunterstützung beschuldigt. Er sitzt seither in U-Haft. Wie Demirtaş landeten seither Abertausende HDP-Politiker·innen und Anhänger·innen hinter Gittern, die Partei nennt eine Zahl von über 10.000.

Erdogan kann den Kurd·inn·en heute wenig bieten. Selbst die konservativen kurdischen Stämme, die jahrzehntlang die stabile Basis von Erdogans Partei im Südosten bildeten, wenden sich massenhaft von ihm ab: «Die

konservativen Stämme verlassen nun Erdogan, weil ihre wirtschaftliche Lage katastrophal ist, weil Erdogan ein Bündnis mit der MHP eingegangen ist und weil er den Anspruch aufgegeben hat, die kurdische Frage mit demokratischen Mitteln zu lösen», sagte Vahap Çoskun, ein respektierter politischer Analyst aus Diyarbakir der Presse.

### Generalamnestie in Aussicht

Und Kilicdaroglu? Kilicdaroglu hatte bis vor kurzem jeden politischen und militärischen Angriff gegen die Kurd·inn·en in der Türkei, im Irak und in Syrien grundsätzlich unterstützt. Beim Wahlkampf dieses Jahr hat er keinen direkten Bezug auf die Kurdenfrage genommen. Was er den Wähler·inne·n ungeachtet ihrer ethnischen oder religiösen Wurzeln verspricht, ist aber die Errichtung einer liberalen Ordnung in der Türkei, in der niemand mehr davor Angst haben müsste, aufgrund seiner Meinung verfolgt, beim Tagesanbruch ins Gefängnis verschleppt, gefoltert oder willkürlich enteignet zu werden.

Im Gespräch mit der HDP-Spitze soll er ihr ferner eine Generalamnestie für politische Gefangene in Aussicht gestellt haben. Damit kämen unzählige Journalist·inn·en und HDP-Politiker·innen wie Selahattin Demirtaş sowie Menschenrechtler·innen wie Osman Kavala auf freien Fuss. Praktiken wie willkürliche Parteien-Verbote sollen beendet werden. Es sei die historische Verantwortung eines jeden, «gegen Erdogans Ein-Mann-Herrschaft zu stimmen», erklärte daraufhin die HDP-Führung.

### Hoffnung auf Frieden

Allein die Aussicht auf ein mögliches Ende der dunklen Erdogan-Ära hat in der Region gleich auch die Hoffnung auf Frieden geweckt. Die PKK hatte nach dem schrecklichen Erdbeben von letztem Februar einen einseitigen Waffenstillstand angekündigt. «Glaubt nicht den Lügern Erdogans, twitterte aus seinem Gefängnis Selahattin Demirtaş. «Versöhnung und Frieden sind möglich». Er versprach, alles daran zu setzen, damit die PKK in der Türkei die Waffen vollständig niederlegt. «Noch nie stand so viel auf dem Spiel wie jetzt», folgert Amberin Zaman, auch sie eine renommierte Kennerin der Türkei. «Diese Wahlen werden darüber entscheiden, ob die Türkei ihren Abstieg in die Diktatur unter Erdogan fortsetzt. Oder ob sie es zum 100. Jubiläum ihres Bestehens unter dem stillen Kilicdaroglu schafft, die tiefe Spaltung der Gesellschaft zu überbrücken, die alten Traumata zu überwinden und erstmals den Schritt in eine richtige Demokratie zu wagen».

Amalia Van Gent\*

\*Amalia Van Gent ist Journalistin und Autorin. Ihre Spezialgebiete sind die Türkei (wo sie 20 Jahre lang gelebt hat) und die Kaukasusstaaten. Ausserdem ist sie eine hervorragende Kennerin der Lage des kurdischen Volkes im Nahen Osten. Dieser Artikel wurde im April 2023 auch in Infosperber publiziert.

**Archipel**  
Monatszeitung des  
Forum Civique

Schweiz:  
Postfach 1848,  
CH-4001 Basel  
Tel: 0041/61 262 01 11  
ch@forumcivique.org

Österreich:  
Lobnik 16  
A-9135 Zelezna Kapla  
Tel: 0043/42 38 87 05  
at@forumcivique.org

Deutschland:  
Hof Ulenkrug, OT Stubbendorf  
D-17159 Dargun  
Tel: 0049/39 959 23 881  
de@forumcivique.org

Frankreich:  
St. Hyppolite  
F-04300 Limans  
Tel: 0033/4 92 73 05 98  
fr@forumcivique.org

Ukraine:  
vul. Peremogi 70  
UKR-90440 Nischrjje Selischtsche  
Tel: 00380/31 42 51 20  
ua@forumcivique.org



# Gefängnisbau im Lager Lipa

**Ein hoher Zaun, auf jedem Schritt und Tritt Kameras, Fenster mit Gefängnisgittern und fast kein Tageslicht in den Zellen: Wie ein amerikanisches Hochsicherheitsgefängnis sieht das vom ÖVP<sup>1</sup>-nahen Institut ICMPD<sup>2</sup> gebaute Abschiebezentrum im bosnischen Camp Lipa aus. Mehrere hundert Menschen wurden in den letzten Tagen (Anfang April) aus Kroatien in dieses Lager abgeschoben.**

Die türkisgrüne Bundesregierung und das Land Oberösterreich sind mit einer Summe von mindestens 1,1 Millionen Euro Hauptgeldgeber des in den Bergen isolierten und polizeilich abgeschotteten Horrorcamps. Dort, wo Geflüchtete einst Cricket spielten, steht jetzt der Gefängnisbau. Gleichzeitig bringen Polizeibusse dieser Tage immer wieder Geflüchtete, die illegal aus Kroatien ins bosnische Camp gebracht werden. «Wir wollten Asyl in Kroatien beantragen, aber die Polizei verhaftete uns und brachte uns in eine Garage, wo wir vier Tage festgehalten wurden. Es war sehr kalt. Alles, was es gab, war ein wenig Wasser und Brot», berichtet A. aus Ghana in einem Video-Interview. Geflüchtete, die Opfer der fast täglich stattfindenden Massen-Pushbacks wurden, bezeugen in Videos von SOS Balkanroute schwere, systematische Menschenrechtsverletzungen. Ein Geflüchteter aus Afghanistan erzählt in einem Video, dass die kroatische Polizei Geld, Handys und Schuhe einsammelte und alles verbrannte. Die Migrant-inn-en wurden geschlagen und nach einer Woche nach Lipa gebracht. Fast alle Betroffenen berichten, nahezu ausnahmslos, von massiver Gewalt durch die Polizei.

## Pushbacks aus dem Landesinneren

«Wir konfrontieren seit Jahren Politiker-innen mit Beweisen von schweren Menschenrechtsverletzungen an Geflüchteten im bosnisch-kroatischen Grenzgebiet. Die österreichische Justizministerin Alma Zadić hat von uns persönlich bereits vor drei Jahren tausende, akribisch dokumentierte Beweise für diese systematische Gewalt erhalten. Österreich forciert nun diese Gewalt gegen Geflüchtete nicht nur durch wirtschaftliche und politische Zuwendungen, sondern ist auch noch am Bau eines Gefängnisses für Geflüchtete federführend beteiligt. Lighthouse Reports veröffentlichte u.a. in Kooperation mit dem ORF<sup>3</sup>, Spiegel und kroatischen Zeitungen erneut Beweise für rechtswidrige Massenpushbacks aus dem Landesinneren von Kroatien nach Bosnien. Hier wird internationales Recht ebenso wie die Geflüchteten mit Füßen getreten. Asylansuchen dürfen laut der Genfer Flüchtlingskonvention ohne Fallprüfung und Rechtsverfahren nicht abgewiesen werden, Menschen dürfen nicht in eine Gefahr abgeschoben werden und Folter ist nach Artikel 2 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) verboten. Menschenrechtliche Verpflichtungen lassen sich durch kein bilaterales Abkommen und keine «Readmission»-Vereinbarung

ausser Kraft setzen. Die koordinierten Massen-Pushbacks aus dem Landesinneren verlangen eine sofortige Aussetzung der Dublin-Abschiebungen nach Kroatien.» Soweit Petar Rosandić, Obmann der SOS Balkanroute. 560 Menschen wurden während der letzten Tage (Anfang April) aus Kroatien in das bosnische Camp Lipa gebracht, wo – wie oben bereits erwähnt – die ÖVP-nahe Organisation ICMPD ein Gefängnis baut.

## Ein abscheulicher Bau

Die neu entstandene Situation, durch die der an Kroatien grenzende Una-Sana-Kanton wiederum zum Flaschenhals wird, sorgt vor Ort für Unmut. Wie der Bürgermeister von Bihać Elvedin Sedić mehrfach in Medienauftritten betonte, baute ICMPD das Gefängnis ohne Baugenehmigung der Stadt. «Bei den Genehmigungen für das Camp Lipa seitens der Stadt war nie ein Gefängnis geplant», betont Sedić. Der kantonale Premierminister Mustafa Ružnić fühlt sich ebenso übergangen und fordert ein Ende der illegalen Pushbacks nach Bosnien: «Niemand hat es für nötig gehalten, uns als lokale und kantonale Regierungen zu informieren». Und der bosnische Minister für Menschenrechte Senad Hurtić erklärt: «Es ist abscheulich, ein Gefängnis in einem Flüchtlingscamp zu bauen.»

Mittlerweile bestätigen das EU-Office in Bosnien, das bosnische Fremdenamt und der Bürgermeister von Bihać, dass das ICMPD – welches seit 2016 unter der Leitung des öster-

reichischen Ex-Vizekanzlers und Ex-ÖVP-Politikers Michael Spindelegger steht – für den Bau der Haftzellen verantwortlich ist. Bereits im Februar hat das ÖVP-nahe ICMPD einer italienischen Zeitung bestätigt, dass es für den Bau der Gefängniseinheit im Flüchtlingscamp Lipa zuständig ist, «dass dies aber vertraulich sei».

Das österreichische Bundesministerium für Inneres (BMI), welches das ICMPD grosszügig fördert, weiss nach Anfragen von Medien nichts von dem Bau des Abschiebegefängnisses innerhalb des Camps, und das ICMPD hüllt sich bis heute in Schweigen – abgesehen von dem Statement in der oben erwähnten italienischen Zeitung. Es wirkt bizarr, warum sowohl dem Bau der Haftzellen ohne Baugenehmigung als auch den Massen-Pushbacks aus dem Landesinneren Kroatiens in das Flüchtlingscamp in Bosnien nicht weiter nachgegangen wird. Und warum wird konsequent geschwiegen? Inzwischen hat Karl Nehammer, Bundeskanzler und Mitglied der ÖVP, eine Aufstockung der österreichischen Polizei und des technischen Equipments im Balkan angekündigt.

## Der Balkan als Abschiebezone

Dem Innenministerium, auch wenn es dementiert, wird das Gefängnisprojekt sehr wohl bekannt sein, da Österreich der Propagandist innerhalb der EU ist, um aus den Balkanländern eine «Pufferzone» machen zu wollen. Die «Joint Coordination Platform» (JCP) im Innenministerium in Wien ist für zahlreiche Implementierungsschritte des «Regional Return Mechanism» zuständig, eines Abkommens, das im Februar 2022 von Innenministern und Institutionen der EU im Geheimen unterzeichnet wurde. Kurz zuvor, im September 2021, hatte Karl Nehammer bei seinen Reisen in Südosteuropa bereits darüber gesprochen. Schon 2020 wurde bei der vom damaligen Innenminister Nehammer initiierten Rückkehr-Ministerkonferenz in Wien beschlossen, dass die gemeinsame Koordinierungsplattform JCP einen «regionalen Rückführungsmechanismus für den Westbalkan» einrichten soll. Dabei sollen ein Rückführungszentrum gebaut und Westbalkanländer bei Abschiebungen unterstützt



Das alte Lager in Lipa nach dem Grossbrand 2020.

werden. Dies würde in Kooperation mit dem Projektpartner ICMPD passieren. Laut parlamentarischen Anfragebeantwortungen ist das Innenministerium mit der Steering Group des ICMPD in regelmässigem Austausch und grösster Fördergeber des Thinktanks, bei dem sich das Personal und die Kosten seit der Übernahme durch den früheren ÖVP-Obmann Michael Spindelegger vervielfältigt haben.

### Vom Leid profitieren

«ÖVP-nahe Institute wie das ICMPD verdienen an dem Leid der schutzsuchenden Menschen. Aber auch das ÖVP-nahe Hilfswerk International, das unter dem Motto der grenzenlosen Hilfe um Spendengelder wirbt, spezialisiert sich mittlerweile auf Grenzschliessungen, veranstaltet Konferenzen zu Grenzmanagement und Rückführungen, macht mit bosnischen Polizist:innen ‚Trainings gegen illegale Migration‘, schweigt aber zu der alltäglichen Gewalt gegenüber unbegleiteten Minderjährigen durch die Grenzpolizei an den EU-Aussengrenzen», kritisiert Petar Rosandić von SOS Balkanroute.

Das Hilfswerk International sammelt bei seinen Unterstützerinnen und Unterstützern bis heute noch Spenden für die Wasserversorgung von geflüchteten Menschen im Camp Lipa. Diese brach jedoch Ende Juni 2022 zur heissesten Zeit genau dort zusammen. Zudem ist das Hilfswerk mittlerweile ins Grenzmanagement involviert, ohne seine Spender:innen über die neue Ausrichtung zu informieren. Während 2018 das Budget für die Grundversorgung für Asylwerber:innen in Österreich fast halbiert wurde, erhöhte man die Fördermittel für das ICMPD. Dem Institut flossen laut einer weiteren parlamentarischen Anfrage seit 2010 fast drei Millionen Euro seitens des Bundesministeriums für Inneres (BMI) zu und zwei weitere Millionen über Projekte, deren Abrechnungsstatus auch der ÖVP-Untersuchungsausschuss nicht klären konnte.

### Schockierende Komplizenschaft

Das ICMPD verdient nicht nur an der Ausrüstung der Grenzen, sondern auch an der libyschen Küstenwache. Gegen diese gibt es bereits zahlreiche Beweise für über 40.000 rechtswidrig durchgeführte Pushbacks nach Libyen, bei denen Geflüchtete in Gefängnislagern gefoltert, erpresst und getötet werden. Die libysche Küstenwache hat vor kurzem die «Ocean Viking» an der Rettung von ertrinkenden Menschen durch Schüsse in die Luft gehindert. Vielfach wurde in diesem Zusammenhang belegt, wie die libysche Küstenwache Menschen in Seenot die Hilfe verweigerte. Die französischen Anwälte Omar Shatz und Juan Branco zogen 2019 gegen die EU vor den Internationalen Strafgerichtshof, um die libysche Küstenwache wegen ihrer mit europäischen Steuergeldern finanzierten Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verklagen. Bereits 2020 landete das ICMPD in den Schlagzeilen, da mehrere NGO eine Beschwerde beim europäischen Rechnungshof wegen Zweckentfremdung von 90 Millionen Euro eingereicht hatten. Das für die Armutsbekämpfung vorgesehene Geld war aus dem EU-Treuhandfonds für Afrika (EUTF) entnommen und für Trainings und Boote der libyschen Küstenwache eingesetzt

worden. Dies bestritt damals das ICMPD, auf dessen Homepage aktuell ein neues Trainingsprojekt mit der libyschen Küstenwache beworben wird, das im Januar 2023 gestartet ist und mit 5 Millionen Euro gefördert wird.

### Das Schweigen durchbrechen

Österreich ist – durch die Bundesregierung, das Bundesland Oberösterreich, das vom Innenministerium BMI geförderte ICMPD, durch das BMI selbst, die «Austrian Development Agency» (ADA) sowie das Hilfswerk International – der wichtigste Akteur und Hauptgeldgeber in Lipa. Die Logos hängen am Zaun des Gefängnisses und sprechen für sich. Die Massen-Pushbacks auf massiven Druck Österreichs und das Gefängnis in Lipa sind zugleich ein Skandal der gesamten österreichischen «Entwicklungszusammenarbeit». Petar Rosandić erklärt dazu: «Jetzt

gilt es, die österreichische Schweigespirale zu diesem Skandal zu brechen und vereint als Zivilgesellschaft die Inbetriebnahme des Gefängnisses zu verhindern. Denn der Bau von Gefängnissen für Menschen, die nichts verbrochen haben, ausser auf der Suche nach einem besseren Leben zu sein, ist der Anfang vom Ende. Wir alle sind gefordert!»

Rückfragen und Kontakt: Petar Rosandić,  
team@sos-balkanroute.at

1. ÖVP – österreichische Volkspartei

2. Das «International Centre for Migration Policy Development» (ICMPD) ist eine internationale Organisation, die von Österreich und der Schweiz 1993 gegründet wurde und mittlerweile 19 Mitgliedsstaaten (Stand 2022) umfasst. Das ICMPD wurde gegründet, um Forschung, Projekte und Aktivitäten zu migrationsbezogenen Themen durchzuführen und politische Empfehlungen an die Regierungsbehörden von Staaten sowie an externe staatliche und zwischenstaatliche Stellen zu übermitteln.

3. ORF – österreichischer öffentlicher Rundfunk

## INTERNATIONALER AUFRUF

# Wir sind das Wasser, das sich verteidigt!

**Aufruf zur Stärkung internationaler Wasserbündnisse und zur Unterstützung der Kämpfe gegen die Mega-Pools in Frankreich. Am 24., 25. und 26. März 2023 versammelten sich mehr als 30.000 Menschen im Marais Poitevin, dem zweitgrössten Feuchtgebiet Frankreichs, zu einer internationalen Mobilisierung gegen die Pläne für „Mega-Pools“.**

Diese riesigen, zehn Hektar grossen Krater, die durch Anzapfen des Grundwassers gefüllt werden, verkörpern die Aufrechterhaltung eines agrarindustriellen Modells, das die Bäuerinnen und Bauern erdrückt und Lebensräume zerstört. In Chile wurden sie bereits vor einigen Jahrzehnten eingeführt und haben dort verheerende Auswirkungen: Milliarden, die Avocado-Kulturen besitzen, beanspruchen das Wasser der Mega-Becken für sich, während die umliegenden Dörfer mit Tanklastzügen versorgt werden müssen. «No es sequia, es saqueo!», erklärt der populäre Slogan, der von Chile bis Mexiko hallt – «Es ist keine Dürre, es ist Plünderung!

Verschmutzung, Übernutzung, Kommerzialisierung, Aneignung, Umwälzung der Wasserkreisläufe: Überall auf der Welt ist die Lage kritisch. Während 40 Prozent der Weltbevölkerung von Wasserknappheit betroffen sind, eignen sich die Lebensmittelrysen Danone, Nestlé oder Coca-Cola Quellwasser an und berauben die indigenen Völker Mexikos, der USA und Kanadas ihres Wassers, um es zu hohen Preisen in Plastikflaschen zu verkaufen. Anderswo werden Minen gegraben und grosse Staudämme gebaut, welche die noch von Bauern und Bäuerinnen sowie indi-

genen Gemeinschaften bewohnten Gebiete zerstören. (...) Trotz des «Wasserkrieges» im bolivianischen Cochabamba im Jahr 2000, trotz des Gegengipfels und der Anerkennung des Rechts auf Wasser durch die UNO im Jahr 2010 sind die Privatisierung und die Monetarisierung des Wassers immer weiter vorangeschritten. Im Jahr 2020 ist das Wasser sogar an die Börse gegangen. Angesichts dieser ökozidalen Offensive auf Wasser, Land und unsere Lebensgrundlagen breiten sich die Kämpfe um Wasser weiterhin aus und verbinden sich weltweit.

Einige von uns waren am 25. März in Sainte-Soline in Frankreich physisch anwesend, um unsere Kämpfe widerzuspiegeln und zu internationalisieren. Wir, Aktivistinnen und Aktivisten aus Chile, die gegen die Zerstörung unserer Ökosysteme durch den autoritären Neoliberalismus kämpfen; Aktivistinnen und Aktivisten aus Mali und Westafrika, die um die Rückgabe ihres Landes gegen Landgrabbing kämpfen; Aktivistinnen und Aktivisten aus Kurdistan, die sich gegen den unerbittlichen Krieg des Erdogan-Regimes in der Türkei wehren, das Wasser als Waffe benützt; indigene Yukpa-Aktivistinnen aus Abya Yala, die für die Selbstbestimmung



unserer Nationen gegen ein koloniales und extraktivistisches System kämpfen; Aktivistinnen und Aktivisten der Lakota-Nation aus Mexiko; Aktivistinnen und Aktivisten der Sozialzentren im Nordosten Italiens oder des NoTAV; Aktivistinnen und Aktivisten des «Landes im Land» in Belgien; Aktivistinnen und Aktivisten in Frankreich und Europa, die an Hunderten von territorialen Kämpfen gegen zerstörerische Mega-Projekte beteiligt sind. Andere waren durch die Wärme ihrer Herzen und Gedanken anwesend. Angesichts dieser beispiellosen Mobilisierung beschloss die französische Regierung, die Demonstration zu verbieten und mehr als 3200 Gendarmen zum Schutz des tödlichen Mega-Becken-Projekts einzusetzen. Innerhalb von zwei Stunden wurden mehr als 5000 Granaten auf die Demonstrant:innen abgefeuert (d. h. alle zwei Sekunden eine Granate), wodurch fast 200 Menschen verletzt und verstümmelt wurden, einige Dutzend davon schwer. Heute (Mitte April, Anm. d. Red) liegt ein Demonstrant immer noch im Koma und schwebt zwischen Leben und Tod. Die französische Regierung kündigte die «Auflösung» der Bewegung «Soulèvements de la terre» (Aufstände der Erde) an, eine der

Organisationen, welche die Demonstrationen initiiert hatten. Diese brutalen Szenen erinnern uns an die traurige Realität, die wir in unseren Gebieten und auf unseren Kontinenten in unterschiedlichem Ausmass erleben: Wir erleben überall das Wiederaufleben oder die Verstärkung des Autoritarismus, der Repression und der Kriminalisierung derjenigen, die sich den laufenden Zerstörungen sowie den kapitalistischen und imperialistischen Logiken, die ihnen zugrunde liegen, widersetzen. Aber die Bewegung der Wasservölker kann nicht aufgelöst werden. Eine vitale Revolte, die über Grenzen und Sprachen hinweg wächst und widerhallt, kann nicht aufgelöst werden!

Deshalb rufen wir, Akteure im Kampf für das Leben, Bauern und Bäuerinnen, Menschenrechts- und Umweltschützer:innen, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Gewerkschaften, Kollektive und Organisationen aus verschiedenen Kontinenten, zu einer massiven internationalen Unterstützung des Kampfes um Wasser und gegen die Mega-Becken in Frankreich auf. Wir rufen dazu auf, die Unterdrückung der sozialen und ökologischen Bewegung durch die französische Regierung anzuprangern.

Unsere Unterstützung erstreckt sich auf alle, die weltweit gegen die Vereinnahmung, Privatisierung und Verschmutzung des Wassers und für seine gerechte Aufteilung und seinen Schutz als unveräusserliches Gemeingut kämpfen! In diesem Sinne fordern wir daher auch die Einhaltung der UN-Erklärungen für die Rechte indigener Völker (UNDRIP) und für die Rechte von Bäuerinnen und Bauern und anderen in ländlichen Gebieten arbeitenden Menschen (UNDROP). (...) Wir rufen dazu auf, internationale Begegnungen und Bündnisse zu stärken, um Wasser, Land und die Commons, die das Leben tragen, zu verteidigen. Angesichts aller Formen von Unterdrückung und Autoritarismus ist unsere Solidarität wie fließendes Wasser: Sie trägt Leben und Freiheit in sich und kennt keine Grenzen!

Die Erstunterzeichner:innen

Dieser internationale Aufruf wurde von vielen hundert Organisationen aus der ganzen Welt unterzeichnet, die sich für landwirtschaftliche Entwicklung und gegen den Raubbau unserer Erde einsetzen. Wir laden euch ein, ihn ebenfalls zu unterzeichnen und so die Kämpfe für das Wasser zu unterstützen, die Repression der französischen Regierung zu verurteilen und die internationalen Bündnisse für die Verteidigung von Wasser und Land zu stärken. Ihr findet ihn in allen Sprachen unter: <https://framaforms.org/we-are-water-defending-itself-1680702671>

## LANDWIRTSCHAFT

# Das Land den Menschen!

**Die französische Genossenschaft «Atelier paysan» (bäuerliche Werkstatt) begleitet Bäuerinnen und Bauern bei der Selbstplanung und dem Selbstbau von Maschinen und Gebäuden, die sich für eine agrarökologische Lebensmittelproduktion eignen. Sie hat auch ein Buchmanifest für bäuerliche Autonomie und Ernährungsautonomie herausgegeben.**

*Archipel: Euer Buch «Reprendre la terre aux machines»<sup>1</sup> (Die Erde den Maschinen entreissen) ist eines der besten Werke, die wir in letzter Zeit zum Thema bäuerliche Autonomie und Ernährungsautonomie gelesen haben. Es beginnt mit einer schonungslosen Bestandesaufnahme der modernen Landwirtschaft: Bauernsterben, Verlust der Artenvielfalt, Umweltverschmutzung, Treibhausgase, Mangel- und Unternahrung... Wie konnte es zu dieser Krise kommen?*

Atelier Paysan: Um die Agrarlandschaft zu beschreiben, verwenden wir im «Atelier paysan» nicht den Begriff «Krise». Es handelt sich vielmehr um den Kometenschweif eines landwirtschaftlichen Modernisierungsprozesses, der bis ins 19. Jahrhundert zurückreicht, selbst wenn er erst in der Nachkriegszeit richtig Fahrt aufgenommen hat. Die staatliche Politik hat mit Absicht einen agroindustriellen Kom-

plex aufgezogen, um sich die Wertschöpfung des Agrarsektors anzueignen. Die Auswirkungen dieser Lenkungs politik liessen nicht lange auf sich warten: Verfall der Lebensmittelpreise, extreme Zusammenballung der Höfe und Zerfall der bäuerlichen Gemeinschaften, wahnwitziges Streben nach Renditensteigerung. Kurz gesagt: Die Landwirtschaft wurde ausgebeutet. Man zielte darauf ab, den Agrarsektor nur noch als Absatzmarkt für die vorgelagerten Industrien (Agrochemie, Maschinenindustrie, Gentechnik) und als Lieferant der nachgelagerten Industrien (multinationale Konzerne für Endverarbeitung und Grossver teiler) zu nutzen.

Mit dem Versuch, die Schrumpfung der bäuerlichen Bevölkerung und ihres Know-hows angeblich zu verhindern, hat der Staat Einkommensbeihilfen eingeführt, die angeblich der Landwirtschaft und ihren

Akteur:inn-en dienen sollen, in erster Linie jedoch der industriellen Logik folgen. Man kann sich die anbauflächenproportionalen Direktbeihilfen (erste Säule der gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union) als Mittel zur Förderung einer Expansionslogik vorstellen, aber auch als Kapitalisierungslogik via Subventionen für Investitionstechnologien (Landmaschinen, Drohnen etc.), die nichts anderes als eine Vergrößerung der Betriebe zur Folge hat.

Nach nunmehr mehreren Jahrzehnten ist dieses Modells unwiderruflich an seine physikalischen Grenzen gestossen, in Form von Umweltschäden, vor denen wir unsere Augen nicht länger verschliessen können. Die Debatte über die landwirtschaftliche Modernisierung nimmt jedoch weiter Fahrt auf, Robotisierung und Digitalisierung der Landwirtschaft werden angestrebt. Der Titel des Buches ist also sowohl im wörtlichen als auch im übertragenen Sinne zu verstehen: Wir müssen die Erde, den Grund und Boden, der technologischen Logik entreissen, um sie wieder der Bearbeitung durch den Menschen zuzuführen, aber auch unser gesamtes Leben der industriellen Logik des kapitalistischen Wettbewerbs entziehen. Das bäuerliche Dasein verfügt über Werte, die zu einem gemeinsamen Projekt gehören, das weit über die Ernährungsfrage hinausgeht.

*Welche Mechanisierung und Technologie sind für Bäuerinnen und Bauern sinnvoll?*

Einerseits haben wir die zentrale Achse der Technologie gewählt, weil ihr im Kampf der

Bauern und Bäuerinnen generell zu wenig Beachtung zukommt. Der Ursprung dieses blinden Flecks findet sich in der vorherrschenden Auffassung, Technik (und Wissenschaft) seien neutral, und in der Ideologie des Lösungsdenkens, die dazu neigt, jeden technologischen Fortschritt mit sozialem Fortschritt gleichzustellen. So erben wir aus der Tradition von Sozialismus und Arbeiterschaft die Illusion, Technologie diene der Befreiung, wie sie auch dem Kapitalismus zu eigen ist. In einem solchen Kontext ist es zwingend notwendig, dass wir wieder lernen, unsere technologischen Entscheidungen demokratisch zu hinterfragen. Die Mechanisierung ist ein tiefgreifend strukturierender Aspekt des agro-industriellen Modells, mit ihrem Hang, technologische Lösungen der menschlichen Arbeit vorzuziehen. Als letztlich nicht entscheidende Ursache der industriellen Logik hätte sich dieses Modell ohne die technologische Eskalation, die Gier nach fossilen Brennstoffen und den Wettstreit im materiellen Einsatz niemals durchsetzen können.

Es geht nicht darum, jegliche Form von Technologie oder Mechanisierung abzuschaffen, sondern darum, zwischen Technologien zu unterscheiden, die mit den Grundlagen der bäuerlichen Landwirtschaft vereinbar sind, und solchen, die dem Kalkül der agro-industriellen Imperien dienen. So unterscheiden wir zwischen «industriellen» Technologien, die so komplex konzipiert sind, dass es den Nutzer:innen nicht möglich ist, sie abzuändern und zu reparieren, und den «bäuerlichen» Technologien, einfach in der Konzeption, gemeinsam nutzbar, von den Landwirt:innen abänderbar für eine vielseitige Nutzung in einer subtilen, viel Know-how erfordernden Agrarwirtschaft.

Wir brauchen eine Agronomie und Technologien, die sich dem menschlichen Know-how, dem naturwissenschaftlichen Wissen und den sich ändernden Boden- und Klimabedingungen ständig neu anpassen lassen. Die Industrie produziert mit ihrem Zwang zu Standardisierung und Konzentration der Produktion das Gegenteil. Bäuerliche Technologien gehören nicht zur Landwirtschaft der Vergangenheit, sondern sind unsere einzige Chance für die Zukunft.

*Wie kommt es, dass sich das industrielle Modell trotz langjähriger Kritik aus vielen Disziplinen im Laufe der Jahre gehalten und gefestigt hat?*

Weil wir es mit einem mächtigen Gegner zu tun haben: einem etablierten agroindustriellen Komplex, der aus einer Koalition von Industrie, Staat und Forschungseinrichtungen besteht und relativ unsichtbar ist. Bisher wurden diese Sektoren einzeln und unkoordiniert angegriffen, weil es schwieriger ist, diesen Komplex in einer einzigen Logik zu begreifen. Das ist aber auch ein spannender Aspekt: Zahlreiche Angriffsstrategien sind daher noch nicht ausprobiert worden. Um sie herauszufinden, müssen wir kollektiv überlegen, wie wir die Ursachen erkennen können. Allzu oft konzentrieren wir uns reflexartig nur auf die Folgen für die Umwelt. Wir sind jedoch überzeugt davon, dass wir an den Umweltfolgen nichts ändern werden, wenn wir uns nicht mit den sozioökonomischen Ursachen befassen.

Es geht nicht um Werte, Moral und individuelle Verantwortung, wenn es auch bequemer und weniger konfliktträchtig ist, die Dinge so zu sehen. Wir sollten uns nicht täuschen. Unsere einzige Hoffnung liegt darin, endlich eine radikale Wende anzugehen. Ohne diesen Schritt tappen wir in die nächste Falle: Es besteht die Gefahr, dass jeder Fortschritt in unserem Widerstand vom Markt sofort als Zusatzangebot integriert wird, ohne dass der Staat intervenieren muss.

*In diesem Zusammenhang argumentiert Ihr, dass die Produkte der alternativen Landwirtschaft dazu tendieren könnten, das Modell der industriellen Landwirtschaft zu stabilisieren anstatt es zum Einsturz zu bringen. Wie soll der Kampf der Bäuerinnen und Bauern weitergehen?*

Der Schriftsteller und Widerstandskämpfer René Char sagte: «Hellsichtigkeit ist die Wunde der Sonne». Dieses Buch «Reprendre la terre aux machines» zu schreiben, war eigentlich Trauerarbeit. Sie hat uns gutgetan. In den Rückmeldungen von Leserinnen und Lesern wollen manche diese Erkenntnis nicht hören oder empfinden sie als deprimierend. Andere sehen diese Feststellung als Befreiung. In unserer Zeit, da unzählige Schwellen unumkehrbar überschritten werden, müssen wir den Herausforderungen gewachsen sein und uns zu einer kritischen Hellsichtigkeit durchringen, auch wenn dies schmerzhaft ist. Aber Vorsicht: Wir sagen nicht, dass die Agrarökologie, die (neuen) bäuerlichen Alternativen, die nachbarschaftliche Vertragslandwirtschaft und alle Initiativen, die Alternativen zur Agrarindustrie aufzeigen, eingestellt werden sollen. Diese Bauern und Bäuerinnen müssen überleben, weil sie unverzichtbar sind, um aufzuzeigen, dass eine zukunftsfähige Produktion und ein zukunftsfähiger Konsum von Lebensmitteln existieren.

Kritisch beobachten wir hingegen die Tendenz, dass die Agrarökologie sich selbst, allein durch ihre Existenz, als gesellschaftsverändernd erachtet. Dabei handelt es sich um eine politisch unhaltbare Illusion, die in keiner Weise zur Veränderung der Gesellschaft beiträgt. Zu glauben, die Promotion eines Marktangebotes mittels einer neuartigen kommerziellen Strategie werde die Marktlogik zum Einsturz bringen oder sich in irgendwelcher Art positiv auswirken, ist eine grundlegend neoliberale Ideologie. Die Industrie rückt schneller voran als wir, und wir verlieren an Boden: weniger Bäuerinnen und Bauern, weniger Know-how, mehr Ernährungs-Unsicherheit. (...)

Uns geht es darum, ein gemeinsames politisches Projekt zu formulieren, das über die Agrarfrage hinausgeht und sich mit der Ernährung für alle befasst.

*Welche Wege gibt es, um eine neue Politisierung der Bewegung für bäuerliche Landwirtschaft zu erreichen?*

Wir haben drei Achsen für gemeinsame Überlegungen und kollektive Aktionen skizziert. Auf der ersten Achse geht es darum, die Mechanismen des weltweiten Freihandels und insbesondere seine Auswirkungen auf die Produktionskosten der Lebensmittel zu erkennen. Hier gibt es ermutigende Aspekte, da Vorschläge von Gewerkschaften

für Kampfmassnahmen bereits auf dem Tisch liegen. Geht es dabei jedoch um den europäischen Freihandelsraum, fällt die Kritik sehr zurückhaltend aus, da sie als «Thema» der extremen Rechten betrachtet wird. Wir tun uns schwer damit, in diesem Zusammenhang Kritik zu äussern, da wir fürchten, dass wir so Wasser auf die Mühlen der extremen Rechten giessen könnten.

Die zweite Achse befasst sich mit der technologischen Frage als zentraler Hebel und strukturierendes Element des agro-industriellen Modells. Es muss eine breite Bürger:innenbewegung entstehen, ähnlich wie bei der Auseinandersetzung gegen die Gentechnologie. Wir sind optimistisch, dass diese Bewegung zustande kommen kann. Die Schreckensvision einer Landwirtschaft mit mehr Robotern als Bauern auf den Feldern könnte mobilisierend wirken, auch über die Nahrungsmittelproduktion hinaus. Es geht auch um Fragen, die mit der Landschaft, dem Leben in ländlichen Gebieten, unserem Erbe und unserem Know-how zu tun haben. Im Kontext des Zusammenbruchs gehen viele Menschen schon heute intuitiv davon aus, dass auf unserem Planeten die bäuerliche Welt vielleicht unsere einzige Überlebenschance ist.

Die dritte Achse schliesslich liegt in einem Schlüsselwort: Sozialisierung. Unser Zugang zu Nahrungsmitteln muss von unserem individuellen Einkommen abgekoppelt werden. Lebensmittel und Landwirtschaft müssen aus der Wettbewerbs-Logik herausgelöst werden. Auch auf dieser letzten Achse gibt es bereits zahlreiche Versuche, Grund und Boden partiell zu sozialisieren – kollektiver Kauf von Land und Bauernhöfen, Schulkantinen, Volksküchen etc. Wir sollten uns unter einem gemeinsamen Banner zusammenfinden, um auf eine bewusste Intensivierung dieser Sozialisierung hinzuwirken. Wir können die Lebensmittelproduktion mit einer sozialen Sicherheit ausstatten. Es geht darum, direkte und radikal demokratische, institutionelle Mechanismen zu finden, um Mehrwert, der in anderen Sektoren entsteht, auf die Nachfrage nach Nahrungsmitteln umzuverteilen, so wie es (in Frankreich, Anm. der Übersetzer:innen) bereits mit dem Gesundheitswesen der Fall ist<sup>2</sup>. Ein konkretes Beispiel, über das wir im «Atelier Paysan» im Rahmen eines nationalen Kollektivs nachdenken: Man könnte, unter Beibehaltung eines Preis- und Marktsystems, eine universelle Zulage für Ernährungssicherheit bereitstellen, die nur für eine bestimmte Art von bäuerlicher Landwirtschaft ausgegeben werden darf. Hinter dieser Idee einer durch lokale Versammlungen vereinbarten Konvention verbirgt sich ein enormes politisches Potenzial für einen gemeinsamen Zugang zu einer guten Ernährung. (...)

Mathilde Vandaele

Der Artikel ist erschienen in «Moins!», Zeitung für Politische Ökologie in der französischen Schweiz, Nr. 59, Juli-August 2022, übersetzt für Archipel von Erika Schuhmacher und Hannes Lämmler.

1. «Reprendre la terre aux machines», Editions Seuil, collection Anthropocène, Paris, 2021

2. In Frankreich wird die «Couverture médicale universelle CMU» – die universelle Krankenversicherung – von der «Sécurité sociale», der Institution der staatlichen Sozialversicherung, getragen und bietet den ärmeren Bevölkerungsschichten kostenlos einen Versicherungsschutz bei Krankheit und Unfall.



# Kriege und Häfen

**Gemäss dem italienischen Gesetz 185, Artikel 6, aus dem Jahr 1990, das Rüstungsunternehmen dazu verpflichtet, bei der Regierung Ausfuhrgenehmigungen zu beantragen, und die Lieferung von Waffen an Länder in bewaffneten Konflikten verbietet, ist es in Italien illegal, Waffen an Länder zu verschiffen, in denen Krieg herrscht. Die Hafentarbeiter in Genua bekämpfen den illegalen Handel und den illegalen Transit von Waffen.**

Das C.A.L.P. (Colletivo Autonomo Lavoratori Portuali) prangert seit Jahren den illegalen Transit und Handel an, der nicht nur über den Hafen von Genua, sondern auch über andere zivile Häfen in Italien und Europa abgewickelt wird, und leistet Widerstand dagegen.

Kriege werden über Häfen geführt, in Italien vor allem über den Hafen von Genua, der zu einem Logistikzentrum für den internationalen Handel mit ausländischen Waffen geworden ist. Auf einer typischen Route fahren die Waffen von den USA nach Europa, insbesondere nach Genua, und dann weiter nach Ägypten, einem der Hauptabnehmerländer für Waffen. Die Schiffe legen dann in der Türkei im Hafen von Iskerderun an, der etwa 80 Kilometer von der Nordgrenze Syriens entfernt liegt. Andere Schiffe fahren nach Saudi-Arabien. Etwa alle zwanzig Tage laufen die Schiffe der staatlichen saudi-arabischen Reederei «Bahri» den ligurischen Hafen an. In ihren Frachträumen befinden sich Panzer, Hubschrauber, Bomben und andere in den USA geladene Waffen, die für den Konflikt im Jemen bestimmt sind. Ein Konflikt, der von den Vereinten Nationen als Schauplatz einer riesigen humanitären Katastrophe bezeichnet wird, für die Saudi-Arabien einer der Hauptverantwortlichen ist. Die Schiffe des israelischen «ZIM»-Schiffahrtunternehmens passieren ebenfalls den Hafen von Genua und transportieren Waffen, die von den USA, Europa und Israel verkauft werden. Wieder andere fahren nach Libyen. Alles in allem gibt es einen kontinuierlichen Schiffsverkehr von Genua in die bekanntesten Kriegsgebiete.

## Eine ethische Frage

Die Hafentarbeiter in Genua haben eine lange Geschichte im Kampf gegen den Waffenhandel, und ihre Praxis der Solidarität ist nicht neu – wie zum Beispiel zur Zeit des Vietnamkriegs oder der Pinochet-Diktatur in Chile. Sie gehören zu einer maritimen Kultur, in der Hilfsbereitschaft und Gastfreundschaft grundlegende Werte sind. Deshalb kämpfen sie gegen die Regierung, welche die Häfen für Menschen schliesst, die vor Kriegen, Diktaturen und Hunger fliehen, sie aber gleichzeitig für den Waffenhandel offenlässt.

Die Friedenskämpfer, wie sie sich selbst gerne nennen, führen regelrechte antimilitaristische Blo-

ckaden durch, um den Waffenschmuggel im Hafen anzuprangern. Sie blockieren Schiffe und weigern sich, Waffen zu verladen, die für Konfliktgebiete bestimmt sind. Dank der aufmerksamen Überwachung durch die Hafentarbeiter findet das Be- und Entladen von Waffen und militärischer Ausrüstung im Hafen von Genua nicht mehr statt, aber der Transit von mit Waffen beladenen Schiffen wird fortgesetzt. Für die Mitglieder des C.A.L.P. ist das Blockieren von Waffenladungen nicht nur eine juristische sondern vor allem auch eine ethische Frage: Sie wollen nicht zu Komplizen von Kriegen und Massakern werden.

Das C.A.L.P. wurde 2011 von Arbeitern im Hafen von Genua gegründet – mit dem Ziel, das Kollektiv der Hafentarbeiter wiederzubeleben. Die Mitglieder gehören alle der Gewerkschaft U.S.B. (Unione Sindacale di Base) an. Die ursprüngliche Gewerkschaftsstruktur war die C.G.I.L. (Confederazione Generale Italiana del Lavoro), mit der jedoch die politischen Differenzen immer offensichtlicher geworden waren. Die Hafentarbeiter solidarisierten sich mit Arbeitnehmerinnen mit geringer Verhandlungsmacht, mit der antifaschistischen Bewegung, mit Studentinnen und pazifistischen Gruppen. Sie tragen den Rechtsstreit über den Hafen hinaus bis zum Europäischen Parlament. Sie organisieren internationale Konferenzen, um ein Netzwerk gegen den illegalen Waffentransit aufzubauen, stehen in Verbindung mit Arbeitern und Arbeiterinnen in anderen nationalen und europäischen Hafenanlagen wie Livorno, Marseille und Bilbao, mit denen sie transnationale Streiks initiiert haben, und sie arbeiten

auch mit verschiedenen Bürgerinnen-Initiativen wie dem «Rete Pace Disarmo» (Netzwerk für Frieden und Abrüstung) und der Waffenbeobachtungsstelle «Weapon Watch» zusammen.

## Licht ins Dunkel

Einer der Kämpfe bestand darin, die Hafentribünen von Genua auf die immensen Sicherheitsrisiken für die Arbeiterinnen und die Bevölkerung aufmerksam zu machen, die durch den Umgang mit Sprengstoffen und Waffen in einem Hafen in einem dicht besiedelten städtischen Umfeld wie dem Stadtteil Sampierdarena entstehen. Waffenladungen werden nicht nur nicht identifiziert und gekennzeichnet, wie es bei gefährlichen Gütern der Fall sein sollte, sondern sie sind manchmal auch unbekannter Herkunft. Diese unklare Logistik stellt unter anderem einen Verstoß gegen Artikel 11 der italienischen Verfassung dar, der den Militärexport regelt. Im Wesentlichen lässt der italienische Staat unter dem Vorwand des freien Warenverkehrs Schiffe, die mit Waffen beladen sind, ungehindert passieren. Tatsächlich handelt es sich nicht um Schiffe, die speziell für den Waffenhandel bestimmt sind, da diese sicherlich leichter zu identifizieren wären, sondern um «normale» Schiffe, die eben auch Waffen transportieren. Die Verhinderung dieses illegalen Transits ist für die C.A.L.P. die natürliche Fortsetzung des Kampfes, der vor langer Zeit von einem Teil der Arbeiterklasse, die sich internationalistisch ausrichtete, begonnen worden war.

Dank des Engagements der «Camalli» (Hafentarbeiter im genuesischen Dialekt) kam allmählich Licht in die Illegalität der Waffentransporte. Die wichtigsten Aktionen waren die tatsächliche Blockade des Hafens und der Streik im Jahr 2019, um gegen die Genehmigung der italienischen Regierung für die Durchfahrt saudischer Schiffe zu protestieren. Durch ihre Mobilisierungen trugen sie dazu bei, dass das Europäische Parlament im Januar 2021 den Kauf und Verkauf von rund 19.000 Raketen durch RWM (italienisches Unternehmen des deutschen Waffenherstellers Rheinmetall) zur Bestückung von Drohnen blockierte, die von Saudi-Arabien im Jemen eingesetzt werden. Im Mai 2021 versuchten sie, eine für Israel bestimmte Waffenliefe-



zung zu blockieren, indem sie mit den Häfen von Livorno und Neapel zusammenarbeiteten. Eine Aktion, die zu diplomatischen Problemen zwischen Italien, Israel und den USA führte.

An Versuchen, das C.A.L.P. und seine Aktionen zu kriminalisieren, fehlt es nicht. Im Jahr 2021 durchsuchte die Polizei in Genua ihre Büros und mehrere Wohnungen. Gegen fünf Aktivisten ermittelte die Staatsanwaltschaft Genua im Zusammenhang mit antimilitaristischen Demonstrationen. Diese wurden wegen Bildung einer «kriminellen Vereinigung» angeklagt, wobei die Straftaten vom Widerstand gegen die Staatsgewalt über das Zünden von Rauchbomben und das Werfen gefährlicher Gegenstände bis hin zur Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit des Verkehrs reichten. Die schwersten Anklagen wurden jedoch fallen gelassen.

Mit dem Ruf «Legt die Waffen nieder und erhöht die Löhne» rief das C.A.L.P. am 25. Februar 2023 zu einer landesweiten Demonstration auf. Die Hafendarbeiter blieben bei dieser Aktion nicht allein, sondern erhielten Unterstützung von einem bedeutenden Teil der Zivilgesellschaft. Rund zehntausend Menschen marschierten durch den genuesischen Hafen, so viele wie noch nie zuvor. Es war ein sehr symbolträchtiger, partizipativer und kämpferischer Zug, in dem Transparente wie «Stoppt den Waffenhandel in den Häfen», «Stoppt die Waffen im Hafen von Genua», «Keine Toten mehr bei der Arbeit» und «Häfen für den Krieg geschlossen, Häfen für Migrant:inn-en geöffnet» mit grosser Leidenschaft hochgehalten wurden.

### Ungebremster Waffenhandel

In den letzten Jahren hat der Kampf des C.A.L.P. gegen den militärisch-industriellen Komplex eine immer breitere Dimension angenommen. Das Kollektiv prangert die NATO an, die seiner Meinung nach zur wichtigsten Kriegstreiberin der Welt geworden ist, und fordert deren Rückzug aus Italien. Tatsächlich hat die NATO Sardinien seit den 1950er-Jahren in ein riesiges Militärgelände verwandelt, dessen Infrastruktur von den USA kontrolliert wird. Militärische

Versuche verursachen enorme Schäden an der Umwelt auf der Insel und im Meer sowie an der menschlichen Gesundheit und führen durch die Freisetzung von Nanopartikeln, die mit Thorium und Uran 238 verseucht sind, zu schweren Missbildungen und Leukämie in der Bevölkerung.

Diese Informationen sollen die Stimmen derjenigen verstärken, die sich gegen die Beteiligung Italiens an neuen Konflikten aussprechen. Der Waffenhandel ist seit 2003 ungebremst gewachsen, und Italien ist der viertgrösste Waffenexporteur der Welt. Die Vereinigten Arabischen Emirate, die Türkei und Algerien sind die Nationen, für die Italien am meisten produziert. Die jährlichen Militärausgaben des Landes werden auf rund 26 Milliarden Euro geschätzt (Zahlen von 2017) und steigen jedes Jahr. Dies entspricht etwa 70 Millionen Euro pro Tag. Die Ausrichtung des militärischen Industriesektors, nur auf die «Verteidigung» zu reduzieren, scheint unmöglich. Ebenso undenkbar ist es, den Verkauf von Rüstungsgütern zu begrenzen, ohne beschuldigt zu werden, die Wirtschaft und damit das Gemeinwohl bremsen zu wollen.

Italien wird seine Militärausgaben bis 2028 auf 2 Prozent des BIP anheben (derzeit liegen sie bei 1,54 Prozent): ein Weg, der laut Verteidigungsminister Guido Crosetto sehr schnell zurückgelegt werden muss, da die Ausgaben für die Modernisierung des Militärs bis 2022 um keinen einzigen Euro gestiegen sind. Waffen sind schnell veraltet und müssen eingesetzt werden, damit neue Waffen produziert und verkauft werden können. Das ist die Logik des Marktes. Der einfachste Weg, alte Waffen loszuwerden, ist der Krieg – das Ziel, für das sie schliesslich bestimmt sind. Und genau auf diesem Punkt beharrt Minister Crosetto: «Die Hilfe, die wir der Ukraine in den letzten Monaten gewährt haben, zwingt uns dazu, die Bestände, die wir für die Landesverteidigung brauchen, wieder aufzufüllen.»

Guido Crosetto war Vorsitzender der «Federazione Aziende Italiane per l'Aerospazio, Difesa e la Sicurezza» (AIAD), des Verbandes der italienischen Unternehmen

für Luft- und Raumfahrt – Verteidigung und Sicherheit, und der «Confindustria» (Allgemeiner Verband der italienischen Industrie). Gleichzeitig war er Waffenhändler als Vorsitzender von «Orizzonte Sistemi Navali», einem Unternehmen, das sich auf die Planung und den Bau von militärischen Marineeinheiten, insbesondere Korvetten, Fregatten und Flugzeugträger, spezialisiert hat. Als Verteidigungsminister setzt er sich für die Lieferung von Waffen an die Ukraine ein. Die Entscheidung der italienischen Regierung war es, die ursprünglich nur bis Dezember 2022 geplanten Lieferungen bis zum 31. Dezember 2023 zu verlängern. Dies löste eine breite Debatte in der Öffentlichkeit und in verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen aus.

Im Jahr 2022 demonstrierten das C.A.L.P. und die U.S.B., um eine Waffenlieferung nach Saudi-Arabien zu blockieren, und arbeiteten zusammen, um eine als humanitäre Hilfe getarnte Waffenlieferung aufzuhalten, die den Flughafen von Pisa in Richtung Ukraine verlassen sollte.

Die Deutung des aktuellen Krieges in der Ukraine bleibt schwierig. Über die politischen und militärischen Entscheidungen, welche die europäischen Regierungen als Reaktion auf die russische Invasion getroffen haben, gehen die Meinungen auseinander. Soll der Ukraine die Möglichkeit gegeben werden, ihr Recht auf Selbstverteidigung auszuüben, oder sollen die Waffenlieferungen gestoppt werden, um den Krieg nicht noch intensiver, ausgedehnter und tödlicher zu machen? Wäre es angebracht, die Wirtschaftssanktionen gegen Russland zu verschärfen, insbesondere in Bezug auf Öl und Gas? Aber wie ist das möglich, ohne die italienische und europäische Wirtschaft zu schädigen? Wäre die vermehrte Ausrichtung auf Diplomatie als Alternative zu der dramatischen Entwicklung nicht zu fördern? Diese Fragen sollten im Bewusstsein der internationalen politischen, geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen, die auch mit der Waffenproduktion verbunden sind, analysiert werden.

Valentina Malli

## Jacques Gaillot (September 1935 – April 2023)

Wir trauern um unseren Freund Jacques Gaillot, Bischof von Partenia, einem seit dem 4. Jahrhundert verschwundenen Bistum in Algerien. Dorthin hatte ihn Papst Johannes Paul II 1995 buchstäblich in die Wüste geschickt. Denn Gaillot war zu unbequem für den Vatikan: Er setzte sich für Militärdienstverweigerer, Apartheidgegner:innen, Palästinenser:innen und die nukleare Abrüstung ein. Er kritisierte scharf die repressiven Einwanderungsgesetze in Frankreich, was ihm die Feindschaft rechter Politiker eintrug. Innerkirchlich befürwortete er die Priesterweihe auch für verheiratete Männer und für Frauen und die kirchliche Trauung von homosexuellen Paaren.

Nach seinem Herauswurf aus dem Bischofsamt in Evreux nahm Gaillot die neue Herausforderung an. Als Bischof des nur virtuell existierenden «Partenia» setzte er sich für die Rechte der Obdachlosen, Gefangenen und Sans Papiers ein. «Partenia» wurde zum Symbol all derer, die in der Gesellschaft und in der Kirche das Gefühl hatten, nicht mehr zu existieren. Eine späte «Wiedergutmachung» erfuhr er durch Papst Franziskus, der ihn 2015 zu einem persönlichen Gespräch einlud und empfing.

Wenn wir Jacques Gaillot anriefen und anfragten, eine unserer Aktionen für Sans Papiers und Geflüchtete durch seine Präsenz zu unterstützen, war er zur Stelle: unkompliziert, bescheiden und warmherzig. Er strahlte auch in sehr schwierigen Situationen eine grosse Ruhe aus, die einen starken Willen und eine unerschütterliche Überzeugung erahnen liess. Er wird uns fehlen.

Michael Rössler